



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 2 1 - V - 0 5 - 0 0 1 7
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) V

Notprogramm Salzachtalbrücke zur Aufrechterhaltung des Wiesbadener Verkehrssystems
Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent

Andreas Kowol

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: _____
 in %: _____

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
X		2021	Notprogramm Salzachtalbrücke	1.000.000	1.000.000		1.05694		Projekt zur Sammlung und Dokumentation der Kosten
	X	2021				1.000.000			Deckung aus der Risikovorsorge
Summe einmalige Kosten:				1.000.000	1.000.000				

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:
 Die beantragten Mittel stellen zunächst eine grobe Prognose dar.

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Für die Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Wiesbadener Verkehrssystems infolge der Salzbachtalbrücken-Vollsperrung sind kurzfristige städtische Maßnahmen erforderlich. Die Sitzungsvorlage beauftragt den Magistrat zur Umsetzung und stellt ein entsprechendes Sonderbudget zur Verfügung.

Anlagen:

-

C Beschlussvorschlag:

I. Es wird zur Kenntnis genommen:

1. Die am 18. Juni 2021 von der Autobahn GmbH veranlasste Vollsperrung der Salzbachtalbrücke, der Mainzer Straße/B263, sowie aller unter der Brücke hindurchführenden Bahngleise, haben die Landeshauptstadt Wiesbaden und die Region in eine schwere verkehrliche Notsituation gebracht. Für Pendlerinnen und Pendler, für die Wirtschaft und für die Lebensqualität sind erhebliche Einschränkungen entstanden, die schnellstmöglich minimiert werden müssen. Obwohl die Landeshauptstadt Wiesbaden in diese Lage ohne eigenes Verschulden geraten ist, sind auch umfangreiche städtische Maßnahmen zur kurzfristigen Entschärfung der Situation unumgänglich.
2. Derzeit sind ca. 20 Ordnungspolizeibeamte des Straßenverkehrsamtes im Schichtbetrieb im Einsatz, um Knotenpunkte per Hand zu regeln und Verkehrsbeschränkungen und Umleitungen zu begleiten und zu kontrollieren. Im Falle weiterer Verkehrsmaßnahmen (z.B. LKW-Durchfahrtsverbote) kommen zusätzliche Aufgaben hinzu. Der daraus resultierende Personalmehraufwand wird unabhängig von dieser Sitzungsvorlage in den Haushaltsberatungen 2022/23 behandelt. Zudem werden durch die akuten Aufgaben die standardmäßigen Aufgaben der Verkehrskontrollen nur gemindert wahrgenommen; daraus resultieren Mindereinnahmen, die jetzt noch nicht beziffert werden können.

II. Es wird beschlossen:

1. Dezernat V wird beauftragt, kurzfristig wirksame Maßnahmen zur Verkehrsverflüssigung und Verkehrslenkung im städtischen Straßennetz (abgestimmt mit DIGI-V) auszuarbeiten und umzusetzen, über ESWE Verkehr und den RMV auf die Schaffung zusätzlicher ÖPNV- und SPNV-Kapazitäten hinzuwirken, sowie die Erreichbarkeit und Nutzbarkeit der vier Bahnhöfe Biebrich, Wiesbaden-Ost, Kastel und Schierstein zu verbessern.
2. Für das Notprogramm wird Dezernat V ein Sonderbudget von bis zu 1,0 Mio. EUR aus der Risikovorsorge zugewiesen. Die Verausgabung der Mittel wird zum Abschluss des Notprogramms spitz abgerechnet. Aufgrund des hohen Zeit- und Handlungsdrucks wird Dezernat V ermächtigt, kleinere Einzelmaßnahmen (bis max. 100.000 EUR) eigenständig umzusetzen. Dem Ausschuss für Mobilität ist über diese Maßnahmen monatlich über Amt 16 Bericht zu erstatten. Für Einzelmaßnahmen, die ein Finanzvolumen von 100.000 EUR übersteigen, ermächtigt die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat zur abschließenden Beschlussfassung.

Die Regelung gilt zunächst bis 31.08.2022.

3. Aufgrund des akuten Handlungsbedarfs wird Dez. V ermächtigt, vorab der Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung mit den notwendigen Maßnahmen zu beginnen.
4. Der Magistrat wird beauftragt, bei der für die Sperrung verantwortlichen Autobahn GmbH auf die Erstattung eines möglichst großen Anteils dieser Ausgaben hinzuwirken.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Nach derzeitigem Stand ist eine Reihe von Sofortmaßnahmen notwendig, um den Verkehrsfluss in Wiesbaden (insb. 2. Ring, 1. Ring, Biebricher Allee, Mainzer Straße, Äppelallee, Kasteler Straße) sicherzustellen und die Funktionsfähigkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) angesichts der nahezu vollständigen Sperrung des Wiesbadener Hauptbahnhofes aufrechtzuerhalten. Diese Maßnahmen müssen sehr kurzfristig in die Umsetzung gebracht werden, um dem Verkehrssystem Stabilität zu geben und Schaden für die Wiesbadener Wirtschaft abzuwenden. Da die Komplettsperrung der Salzachtalbrücke am 18. Juni 2021 die Landeshauptstadt überraschend und unverschuldet getroffen hat, stehen für die Maßnahmen im Haushaltsplan 2021 keine Mittel zur Verfügung.

Eine Freigabe per Einzel-Sitzungsvorlagen scheidet aufgrund des immensen Zeitdrucks aus.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann u.a. auf Basis der Meldungen des Tiefbau- und Vermessungsamtes und des Rhein-Main-Verkehrsverbands folgende Grob-Kalkulation vorgelegt werden:

Erstellung von alternativen Steuerungen an ca. 10-20 Lichtsignalanlagen (LSA)	150.000
Technische Änderungen (zus. Signalgeber/Hardware) an ca. 10-20 LSA	150.000
Provisorische LSA inkl. Betrieb für zunächst 6 Monate (3 Anlagen)	75.000
Provisorische bauliche Änderungen an Fahrbahnquerschnitten durch Markierung, Baken und prov. Fahrbahnteiler (inkl. Überwachung)	250.000
Verbesserung der Erreichbarkeit und Nutzbarkeit der vier Bahnhöfe Biebrich, Wiesbaden-Ost, Kastel und Schierstein	100.000
Kurzfristiger Ausbau Fahrradabstellplätze und Bikesharing an diesen Bahnhöfen	25.000
Zusätzliche RMV-Leistungen auf der Ländchesbahn	30.000
Weitere zusätzliche ÖPNV- und SPNV-Leistungen	70.000
Spezielle Verkehrsmaßnahmen für die lokale Wirtschaft	100.000
Unvorhergesehenes	50.000
Gesamt	1.000.000

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

/

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

/

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

/

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

/

Wiesbaden,

30. Juni 2021

Andreas Kowol
Stadtrat